

**RC Kevelaer, Dr. Axel Stibi, Bürgermeister der Stadt Kevelaer:**

## **Weniger Demokratie wagen**

Vortrag beim Meeting am 16.07.2014

Liebe Freundinnen und Freunde,

nachdem ich mich mit meinen letzten Ausflügen ganz bewusst eher auf das Feld des Humorvollen begeben habe, schien es mir für den heutigen Vortrag wieder einmal an der Zeit, ein Themenfeld zu betreten, das mich gesellschaftlich im Allgemeinen, durchaus aber auch in meiner konkreten beruflichen Betroffenheit und Arbeit sehr beschäftigt.

Keine Sorge, es wird heute keinen „Ego-Bericht II“ geben. Bezüge zu meinen persönlichen Erfahrungen nach mittlerweile etwa 10-jähriger Tätigkeit als Bürgermeister der Stadt Kevelaer (und damit wesentlichem Akteur im politischen System einer niederrheinischen Mittelstadt) werden jedoch sicher deutlich werden.

Sozusagen der „literarische Auslöser“ meiner heutigen Ausführungen ist ein Buch von Laszlo Trankovits, das in der Buchreihe der Frankfurter Allgemeinen erschienen ist und eben den Vortragstitel „Weniger Demokratie wagen“ trägt. Dieser Titel dreht das von Willy Brand bekannte Zitat „Wir wollen mehr Demokratie wagen!“ in sein Gegenteil um. Was es damit auf sich hat und ob das letztlich berechtigt ist oder insgesamt differenziert zu betrachten ist, mag am Ende jeder für sich selbst entscheiden.

Liebe Freundinnen und Freunde,

Ihr ahnt es sicher schon: Es soll heute um die Frage gehen, ob der (weitaus überwiegend) zu vernehmende Ruf nach „Mehr Bürgerbeteiligung“ oder „Mehr Transparenz“ in Zeiten zunehmender Komplexität gepaart mit den vielfältigen Möglichkeiten der modernen Kommunikation zu besseren Lösungen für unsere Gemeinwesen führt.

Direkt am Anfang sei mir der Hinweis gestattet, dass ich mich natürlich in der Gefahr sehe, als „Beschwerdeführer in eigener Sache“ gesehen zu werden. Seid versichert, dass es mir darum nicht geht. Wichtig ist mir vielmehr eine ehrliche Bestandsaufnahme, die sich – wie könnte es anders sein - natürlich nicht unerheblich auch aus persönlichen Erfahrungen speist.

### **Wachsende „Kultur des Aufbegehrens“**

Wer die Entwicklung - nicht nur in Deutschland – verfolgt, der wird an der Erkenntnis nicht vorbeikommen, dass aus vielen Äußerungen und Publikationen eine wachsende Skepsis gegenüber dem demokratischen System spricht. Allgemeine Politikverdrossenheit und sinkende Wahlbeteiligung sind deutliche Signale der Unzufriedenheit der Bürger mit ihren Repräsentanten. „Der Spiegel“ kommentierte im Herbst 2010: „Die Kultur des Aufbegehrens erlebt derzeit eine überraschende Wiedergeburt“.

Dabei fällt auf, dass der Protest sich zwar häufig an konkreten politischen Sachverhalten entzündet, sich dann jedoch maßgeblich aus einem unpolitischen Radikalismus speist, der sich ziellos aus Verweigerung, Zorn und Verachtung gegenüber dem „System“ oder gegenüber „denen da oben“ definiert.

Erlebbar und erfahrbar wird diese Erkenntnis zwar überwiegend im Rahmen der sog. „großen Politik“. Immer häufiger sehen sich aber auch die politischen Akteure vor Ort (insbesondere also Bürgermeister und Ratsmitglieder) dem Vorwurf ausgesetzt, der da lautet „Ihr da oben macht doch sowieso was ihr wollt und nehmt uns nicht mit und nicht ernst!“

Häufig entstehen dadurch Wellenbewegungen, bei denen die eigentlich gebotene sachlich-abwägende Betrachtung überhaupt keine Chance mehr hat, sich angemessen Gehör zu verschaffen.

Erhobene Vorwürfe finden sich (und nicht nur von der Piratenpartei) häufig in Verbindung mit der Forderung, dem Bürger möge doch der Zugang zu allen Informationen, Papieren und Protokollen ermöglicht werden. Das zwingt dann die Regierenden verantwortungsbewusst und im Interesse der Bürger zu handeln. Transparenz statt Machenschaften und Mausechelen. Offenheit statt geheimer Netzwerke.

Das klingt sicher gut. Verkannt wird dabei aber, dass bestimmte Vorhaben (insbesondere diejenigen der komplexeren Art) erst einen ausreichenden Reifegrad erreicht haben müssen, der nur durch sorg-

fältige Vorarbeiten in kleineren Kreisen unter Hinzuziehung des unverzichtbaren Sachverständes und sorgfältige Berücksichtigung und Abwägung des „Für“ und „Wider“ erreicht werden kann. Verfrühte (Medien-)Öffentlichkeit und die leider häufig damit verbundene Emotionalisierung und Personalisierung von Sachverhalten führen häufig dazu, dass Vorhaben, die im überwiegenden Allgemeininteresse positiv zu bewerten wären, erst gar nicht die Chance einer objektiven und sachgemessenen Bewertung bekommen.

(Beispiel Bäderverein: Öffentlicher einstimmiger Ratsbeschluss im Zusammenhang mit den Überlegungen zur Haushaltskonsolidierung: Verwaltung möge Gespräche führen, ob und wie sich die Vereine an der Unterhaltung der Sportanlagen beteiligen können; Verwaltung führt vertrauliche Gespräche mit dem Vorstand des Bädervereins über eine Betriebskostenbeteiligung; Vorstand positioniert sich: Keine Betriebskostenbeteiligung sondern Ansparen für ein neues Mehrzweckbecken; Rat soll sich zunächst in nicht-öffentlicher Sitzung im konkreten Fall dazu äußern, ob Verwaltung in den weiteren Verhandlungen auf einer Betriebskostenbeteiligung bestehen soll; Vorwurf an Verwaltung: Verhandlungen hinter verschlossenen Türen; Angelegenheit wird im Verhandlungsstatus öffentlich gemacht; In der Folge völlig verzerrte Darstellung der Zusammenhänge in den Medien und sozialen Netzwerken; Viel Energie nötig, um die Angelegenheit dann doch noch sachgemessen zu lösen.

(„Bürgermeister statuiert Exempel am Bäderverein; Karikatur)

Insgesamt sehe ich in der Entwicklung des Verhältnisses von Politik und Medien – nennen wir das einfach mal „Mediendemokratie“ – eine Tendenz zur wachsenden Oberflächlichkeit. Differenzierte Sichten, nuancierte Wertungen oder nachdenkliche Äußerungen, die für das Verständnis und die Meinungsbildung eigentlich zwingend erforderlich sind, schaffen es entweder gar nicht in die Berichterstattungen oder werden völlig verkürzt oder falsch wiedergegeben.

Alt-Bundespräsident Johannes Rau hat das einmal wie folgt zusammengefasst:

„Ich halte es für eine der wichtigsten Aufgabe der Medien, den Menschen komplexe Zusammenhänge verständlich zu vermitteln. Es mag zwar bequemer sein, Konflikte zu personalisieren und sie damit auf die Frage „Wer gegen wen?“ zu reduzieren. Das Ergebnis ist aber auf Dauer verheerend für unsere Demokratie. Wenn Menschen Zusammenhänge nicht begreifen, wenn Transparenz (!) fehlt, dann wird es immer schwieriger, Zustimmung für Lösungsvorschläge zu gewinnen. Ich habe den Eindruck, dass durch den Hang zur Boulevardisierung die Medien selbst zu der Reformblockade beitragen, die sie in ihren Kommentaren beklagen.“

Johannes Rau fährt dann mit einer direkten Ansprache an die Journalisten fort:

„Bei aller gebotenen Distanz: Es ist auch Ihr Staat, über den Sie berichten und dessen Bild Sie durch Ihre Arbeit prägen. Es kann Ihnen daher eigentlich nicht gleichgültig sein, wie es um diesen Staat bestellt ist.“

Liebe Freundinnen und Freunde, ich denke, diese Zitate sollte man einmal richtig „sacken“ lassen.

### **These: Ursache der Politikverdrossenheit ist der Mangel an Transparenz, Mitsprache und Partizipation. Die Menschen wollen politisch stärker mitgestalten**

Die Erfahrungen, die in den Kommunen vor Ort gemacht werden, sprechen, eher eine andere Sprache. Regelmäßig wird hier die Erfahrung gemacht, dass sich das Interesse und die Bereitschaft der Bürgerschaft zur Teilnahme nur dann wecken lässt, wenn es sich um konkrete Betroffenheiten handelt. Öffentliche Veranstaltungen, die diese Tendenz nicht unmittelbar erkennen lassen, finden – trotz herausragender Bedeutung für die Stadt und das Allgemeinwohl und trotz medienwirksamer „Bewerbung“ regelmäßig vor „leeren Rängen“ statt.

(Beispiel Haushalt Kevelaer)

Um hier nicht falsch verstanden zu werden: Völlig unstrittig sind die Verantwortlichen in den Gemeinden in der Bringschuld aktiv und offensiv die Informationen so bereitzustellen, dass eine rechtzeitige und umfassende Befassung für die Bürgerschaft möglich wird. Dies wird ja auch – zu Recht – immer wieder betont und gefordert.

Deutlich weniger häufig wird jedoch – wenn überhaupt – formuliert, dass es – jedenfalls nach meinem Verständnis – auch eine Holschuld der Bürgerschaft, d.h. die Verpflichtung zur aktiven Teilnahme an gemeinwohlmotivierten Bestrebungen gibt. Trankovits formuliert das wie folgt:

„Was ist das für eine krause Logik: Die Menschen sollen mehr mitbestimmen können. Dabei signalisieren die Daten, dass die Menschen sich politisch immer weniger beteiligen. Kaum jemand stellt jedoch die Forderung, die Bürger sollen sich stärker engagieren. Von den Bürgern etwas zu fordern, passt allerdings nicht in die Zeit. Es ist ein Tabu, den Wähler zu kritisieren.“

Vor dem benannten Hintergrund darf die soeben benannte These also durchaus bezweifelt werden.

### **These: Die modernen Kommunikationsmedien (insbesondere die sozialen Netzwerke) führen zu verbesserter demokratischer Teilnahme**

Von Günther Kretschmann – heute nicht zuletzt auch dank Stuttgart 21 Ministerpräsident in Baden Württemberg – stammt der folgende Satz, den er allerdings vor der Wahl zum Ministerpräsidenten äußerte:

„Die Zivilgesellschaft hat durch das Internet und soziale Netzwerke ein Medium gefunden, in dem sie sich frei flottierend organisieren kann. Mit diesen neuen Medien der Selbstorganisation können die Bürger in gestaltender Weise – und nicht mehr nur kritisierend oder als reine Verhinderer – eingreifen. Bürger und Staat begegnen sich auf Augenhöhe.“

Ich bin mir nicht sicher, ob Herr Kretschmann das heute – in der Verantwortung als Ministerpräsident stehend- noch einmal so formulieren würde.

Es erscheint vordergründig als faszinierende Perspektive:

„Man kommt nach Hause, setzt sich an den Computer, gesellt sich zum „virtuellen Dorfplatz“, diskutiert möglicherweise ein wenig mit anderen und stimmt dann ab. Eine richtige Mitmach-Politik. Es gibt ja heute schon vielfach die Möglichkeit dies mit Hilfe eines „Like“ oder „Dislike“-Buttons zu tun. Man drückt dann für oder gegen niedrigere Steuern, Einsätze der Bundeswehr im Ausland, mehr Kindergeld oder die Maut. Umgesetzt wird dann das, was die Mehrheit entschieden hat.“

Bei Konfrontation mit der Lebenswirklichkeit findet sich dann aber eher die folgende Analyse:

Die demokratiethoretischen Erwartungen zur Bedeutung des Netzes haben sich in der Wirklichkeit nicht erfüllt. Die inhaltliche Qualität der politischen Debatte im Netz hat sich verschlechtert, die Diskurse sind leider immer populistischer geworden. Zum Teil werden auch die Grenzen des „guten Geschmacks“ weit überschritten, was nicht unerheblich der Möglichkeit zur Anonymität im Netz geschuldet sein dürfte.

Ich will heute nicht alles negativ über einen Kamm scheren. In der Tendenz kann ich die gerade benannten Feststellungen allerdings für die Stadt, für die ich Verantwortung trage, eher bestätigen als dementieren.

Wenn sich die geschilderten Tendenzen weiter so entwickeln, sehe ich das große Problem, wie sich überhaupt noch Menschen gewinnen lassen sollen, die sich als Verantwortungsträger (z.B. für ein Ratsmandat) engagieren wollen. Ich sehe die Gefahr, dass sich die anfängliche Euphorie in der Bereitschaft zum Mitgestalten schnell in Frustration umwandelt, wenn ständig die Gefahr besteht, „medial ans Kreuz geschlagen“ zu werden. Dieses Problem sehe ich vor allem bei den ehrenamtlichen Mandatsträgern, z.T. aber auch bei den hauptberuflichen Verantwortungsträgern.

### **Lösungsansätze?**

Liebe Freundinnen und Freunde, stellt sich am Ende natürlich die Frage, wie die Situation, wenn Sie denn überhaupt mehrheitlich für bedenklich gehalten wird, verbessert werden kann.

Erörtert werden mehrere Lösungsansätze, die ich hier mangels Zeit nicht alle benennen kann. Zwei – aus meiner Sicht – sehr bedeutsame will ich zum Schluss meines Vortrages allerdings benennen:

### **Verstärkung der politischen Bildung**

Völlig richtig scheint mir der Ansatz zu sein, die politische Bildung, also das Verständnis für demokratische Spielregeln und Zusammenhänge zu verstärken und hierbei bereits ganz früh anzusetzen. Nach meinen eigenen Erfahrungen ist es durchaus möglich, bereits Vorschul- oder Grundschulkindern in verständlicher Form an grundlegende Spielregeln heranzuführen. Es ist auch durchaus möglich schwierigere Sachverhalte auf für Kinder verständliche Aussagen herunterzubrechen. In zahlreichen

Besuchen von Kindergartengruppen oder Grundschulklassen im Rathaus oder Besuchen im Kindergarten oder in der Schule wird das immer wieder deutlich. Völlig klar ist, dass hierfür auch Elternhäuser und Pädagogen benötigt werden, die die Sinnhaftigkeit und Notwendigkeit dieses Heranführens mittragen und befürworten. Das kann leider auch nicht unbedingt als selbstverständlich vorausgesetzt werden.

### **Neue Ehrlichkeit**

Schließen möchte ich mit folgendem Zitat von Trankovits:

„Neue Ehrlichkeit würde den Mut erfordern, unbequeme Wahrheiten auszusprechen und weniger auf Umfragen und öffentliche Gefühlslagen Rücksicht zu nehmen. Das mag naiv und idealistisch klingen, wird dadurch aber nicht falsch.“

„Zur neuen Ehrlichkeit würde das Eingeständnis gehören, dass die komplexen Probleme nicht mit mehr Partizipation der Bürger zu lösen sind, dass es bei vielen Themen keine einfachen Antworten gibt, dass man manches einfach nicht weiß oder schwer einschätzen kann, dass es bei politischen Entscheidungen oft Gewinner und Verlierer gibt, dass nicht immer alles besser wird, dass es oft ohne Kompromisse und Interessenausgleich nicht geht und dass bei vielen Themen Zeit für Analysen und Beratungen notwendig ist. Schließlich braucht es auch den Mut zu richtungsweisenden, manchmal unpopulären Entscheidungen, deren Richtigkeit und Wert sich erst in der Zukunft beweisen kann.“

Das sind - unter Berücksichtigung der dargestellten Zusammenhänge (insbesondere des Wahlsystems) - hohe Anforderungen.

„Einer demokratisch reifen Gesellschaft würde es eher entsprechen, von den Bürgern Mitverantwortung einzuklagen, statt ihnen mehr Mitbestimmung zu versprechen.“

Auch das ein Zitat von Trankovits.

Dank an Euch fürs Zuhören!